

Avanti

2

Theoriebeilage

Porträt des
Nationalsozialismus
von Leo D. Trotzki

ISO Rhein-Neckar

KLASSENKAMPF VON OBEN?



INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL	<i>Liebe Leserinnen und Leser,</i>	PORTUGAL
01 GEWERKSCHAFTEN Gegen den Klassenkampf von oben?	das soziale und politische Klima verschärft sich weiter. Dies ist eine Folge des aggressiver werdenden Klassenkampfes von oben.	08 NELKENREVOLUTION Alles umsonst?
EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP	In der Mai-Ausgabe von <i>Avanti</i> ² befassen wir uns mit den Möglichkeiten, die Bekämpfung von Profitgier, Kriegstreiberei und Faschismus zu stärken.	GEWERKSCHAFTEN
02 KAPITALISMUS Kurz & knapp	In der Theoriebeilage veröffentlichen wir das von Kurt Tucholsky als „Meisterleistung“ gelobte „Porträt des Nationalsozialismus“ aus der Feder Leo Trotzki's.	09 ANTIFASCHISMUS Gewerkschaften und AfD
SEITE DREI	Wir freuen uns auf Euer Interesse!	ISO / POLITISCHE BILDUNG
03 GEWERKSCHAFTEN Gegen den Klassenkampf von oben?	<i>Eure Redaktion</i>	10 ANTIFASCHISMUS Was tun gegen Faschismus?
DAS GESPRÄCH		11 ANTIFASCHISMUS Aktiv gegen rechts
04 FLUCHT Anpassung an Hetze		RÜCKBLLENDE / TERMINE
ANTIMILITARISMUS		12 VOR 40 JAHREN Streik für 35-Stundenwoche?
05 OSTERMARSCH 2024 Welche Nachlese?		12 TERMINE
ISRAEL / PALÄSTINA		THEORIEBEILAGE
06 KRIEGSTREIBER Jetzt stoppen		01 FASCHISMUSANALYSE Porträt des Nationalsozialismus

Titelbild:
Alstom-Demo in Mannheim, 4. November 2010.
Foto: BR Alstom.

Zitat des Monats: „Sind die Faschisten nicht ausgestorben?“ (E., dreieinhalb Jahre.)

Reichtum für wenige?

M. G.

Das Vermögen deutscher Superreicher beträgt mindestens 1.400 Milliarden Euro. Die wachsende soziale Kluft hierzulande vertieft die Klassenspaltung und stärkt die Herrschaft der Wenigen über die Vielen.

2023 wurden hierzulande 1,63 Millionen Millionäre und 226 Milliarden gezählt.

Die Vermögenssteuer ist in Artikel 106 im Grundgesetz verankert. Dennoch wurde sie 1997 ausgesetzt. CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD haben an diesem Skandal nichts geändert. Auch die „oppositionelle“ AfD ist auf ihrer Seite.

Hingegen sind laut einer Umfrage von 2021 77 % der Befragten für die Erhebung einer Vermögensabgabe. Nur massiver außerparlamentarischer Druck wird sie durchsetzen.

(Quelle: FR vom 20./21.04.2024.) ■

K
U
R
Z
&
K
N
A
P
P

Armut für viele?

E. B.

2023 waren in Deutschland 21,2 % der Bevölkerung (17,7 Millionen Menschen) von Armut bedroht.

Im selben Jahr waren 14,3 % der Bevölkerung (12,0 Millionen) armutsgefährdet. Eine alleinstehende Person war dies, wenn sie über weniger als 1.301 Euro netto im Monat verfügte. Bei zwei Erwachsenen mit zwei Kindern unter 14 Jahren lag die Grenze zur Armutsgefährdung bei 2.751 Euro netto.

6,9 % der Bevölkerung (5,7 Millionen) waren 2023 von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen. Sie konnten zum Beispiel nicht ihre Miete bezahlen, eine einwöchige Urlaubsreise finanzieren oder einmal im Monat mit der Familie zum Essen ausgehen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 147 vom 10.04.2024.) ■

1. Mai 2024

Gemeinsam gegen Faschismus, Kriegstreiberei und Profitgier!

K. O.

Ein Rückblick auf die Tarifiergebnisse 2023/24 zeigt: Ein wirklicher Ausgleich der Preissteigerungen konnte für die tarifgebundenen Beschäftigten nicht erreicht werden.

Noch trauriger sieht es für die mehr als 50 Prozent der nicht tarifgebundenen Beschäftigten aus. Die Schere zwischen arm und reich, zwischen Frauen- und Männerbezahlung, zwischen regulär und prekär Beschäftigten, deutschen und zugewanderten Beschäftigten geht immer weiter auseinander.

Mehr Geld für uns!

Insbesondere in den unteren und mittleren Einkommensgruppen sind deshalb Festgeldforderungen zentral. In Zukunft sollten Tarifverträge einen automatischen Inflationsausgleich enthalten wie er in Belgien und Luxemburg möglich ist.

Die Folgen der Preissteigerungen sind politisch abzumildern durch Ausgleichszahlungen an Arme, Studierende, Rentner:innen, Alleinerziehende und Dauerkranke sowie durch Erhöhung des Mindestlohns, des Bürgergeldes, durch Preisbremsen bei Mieten und Energieversorgung, sofortige Auszahlung des Klimageldes und Abschaffung der Zuzahlungen im Gesundheitswesen.

Verkürzung der Arbeitszeit!

Eine Mehrheit der Vollzeitbeschäftigten wünscht sich eine Verkürzung der Arbeitszeit. Bisher haben die DGB-Gewerkschaften aber weder eine Strategie noch konkrete Forderungen für eine Arbeitszeitverkürzung für alle.

Zwar hat die IG Metall bei Stahl eine teilweise Einführung der 32-Stundenwoche durchgesetzt und die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) für einige Tausend Beschäftigte eine 35-Stundenwoche erstreikt. Aber die Umsetzungen werden in die Länge gezogen, so dass die positiven Effekte durch die Intensivierung der Arbeit wieder aufgeessen werden können.

Gleichzeitig nimmt der Stress am Arbeitsplatz immer mehr zu. Die Personaldecken sind in zahlreichen Bereichen schon viel zu dünn. Wir brauchen kürzere Arbeitszeiten für alle, sofort und in einem großen Schritt mit vollem Lohn- und Personalausgleich.

Kriegstreiber bekämpfen – überall!

Für die große Mehrheit der Menschen nimmt die Unsicherheit bedrohlich zu.

Der Krieg ist in aller Hässlichkeit auch nach Europa zurückgekehrt. Die Gefahr des „großen Krieges“ um die Neuordnung der Welt steigt.

Gewinner sind die Rüstungskonzerne und die Leichenbestatter. Militärische Siege gibt es nur noch um den Preis der Vernichtung der Lebensgrundlagen ganzer Länder, wie wir es heute in der Ukraine und in Palästina sehen. Die russische Armee hat nichts in der Ukraine zu suchen. Genauso wenig wie die israel-

ische Armee im Gaza-Streifen.

Am 1. Mai 2024 müsste die Hauptparole der internationalen Gewerkschaftsbewegung sein: Die Waffen nieder! Abrüstung an allen Fronten! Verhinderung und Bestreikung des gesamten Kriegsgeschehens.

Aktive Solidarität statt Faschismus!

Millionen Flüchtlinge sind eine weitere Folge von Kriegen. Sie haben ein Recht, aufgenommen und menschlich behandelt zu werden. Unsere Antwort ist nicht Rassismus, sondern Solidarität.

Überall in der Welt gewinnen rassistische, nationalistische und faschistische Parteien an Zulauf. Sie sind die größte Bedrohung für die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften. Nur eine linke und kämpferische Gewerkschaftspolitik für eine solidarische Gesellschaft kann wirksam die faschistische Gefahr bekämpfen.

Stopp der Klimazerstörung!

Die grenzenlose Profitgier führt zur immer bedrohlicheren Zerstörung des Klimas, der Umwelt und damit unsere Lebensgrundlagen.

Dagegen hilft keine „faire und ökologische Transformation“ der Wirtschaft. Wir brauchen eine Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Eine demokratische, solidarische und ökologische Wirtschaft und Gesellschaft kann nur gegen das Kapital erkämpft werden.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite! ■



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2014.

Foto: helmut-roos@web.de.

Die Bezahlkarte – Keine Anpassung an faschistische Hetze? Fragen an Seebrücke Mannheim*

Über die immer weiter vorangetriebenen Einschränkungen des Asylrechts diskutieren wir seit Jahrzehnten. In den letzten Wochen wurden nochmals massive Verschärfungen beschlossen: die sogenannte GEAS-Reform der EU sowie die Einführung der Bezahlkarte in Deutschland. Die Seebrücke Mannheim erklärt uns diese Maßnahmen und ihre Kritik daran.

Die Organisation Pro Asyl bezeichnet die „GEAS-Reform“ als einen historischen Tiefpunkt für den Flüchtlingsschutz in Europa. Könnt Ihr uns die Reform kurz erläutern und ihre Auswirkungen auf Flüchtende beschreiben?

Die Reform bestimmt verpflichtende Grenzverfahren unter Haftbedingungen, sogar für Kinder, und setzt niedrigere Standards für sogenannte „sichere Drittstaaten“. Außerdem sieht sie zusätzliche Verschärfungen im Falle von „Krisen“ vor und stellt somit eine massive Verschlechterung des bisherigen EU-Asylrechts dar. Durch diese Grenzverfahren soll die Identifikation der Flüchtenden bereits an der EU-Außengrenze erfolgen, wobei sie in Lagern an der Grenze untergebracht werden. Diese Lager sollen sich auf EU-Territorium befinden, die Geflüchteten gelten jedoch offiziell als „nicht eingereist“. Hauptaugenmerk des Verfahrens liegt darauf, ob ein Asylantrag als unzulässig abgewiesen werden kann, beispielsweise, wenn die Person, die Schutz sucht, über einen vermeintlich „sicheren“ Drittstaat in die EU geflohen ist. So kann zum Beispiel ein Geflüchteter aus Syrien in die Türkei zurückgeschickt werden, wenn er sich dort während seiner Flucht aufgehalten hat.

Wenden wir den Blick einmal nach Deutschland: Hier wird derzeit die Bezahlkarte eingeführt. Auf Eurer bundesweiten Website bezeichnet ihr die Bezahlkarte als staatliches Diskriminierungsinstrument. Was meint ihr damit?

Die Bezahlkarte führt dazu, dass Geflüchtete nicht „nur“ diskriminiert, sondern auch entmündigt werden, indem sie selbst nicht entscheiden können, wofür und wo sie ihr Geld ausgeben. Wahrscheinlich wird die Karte in Supermärkten akzeptiert, aber was ist, wenn sie günstige Waren auf dem Flohmarkt oder Briefmar-



ken auf der Post kaufen möchten? Wie sollen sie Geld an ihre Rechtsanwälte überweisen können? Bestimmte Branchen oder Geschäfte können ausgeschlossen werden und der Ausschluss bestimmter Waren kann programmiert werden. Technisch sind auch weitere individuelle Beschränkungen oder Sanktionen möglich. Bei der Nutzung einer Bezahlkarte wird außerdem der Sozialleistungsbezug sichtbar, was zu einer weiteren Stigmatisierung führen kann.

Wie hängen die verschärfte Abschottung auf EU-Ebene und die Einführung der Bezahlkarte in Deutschland zusammen?

Die Einführung der Bezahlkarte dient der Abschreckung. Sie soll den sogenannten „Pull-Faktor“ verhindern, also das Anlocken von Schutzsuchenden, für den es jedoch keine Beweise gibt. Die politisch Verantwortlichen wollen zeigen, dass sie Maßnahmen gegen die Einreise geflüchteter Menschen ergreifen. Die Bezahlkarte ist Teil einer politischen Strategie, um in einer angespannten Gesellschaft Stimmungen zu erzeugen, indem sie zweifelhafte Signale an Teile der Bevölkerung sendet. Die Umsetzung wird voraussichtlich zu Unmut und Frustration im Alltag der geflüchteten Menschen führen und ihre Integration langfristig behindern. Das ist keine rationale, konstruktive Asylpolitik.

Was braucht es Eurer Meinung nach jetzt vonseiten der Zivilbevölkerung?

Wir brauchen Solidarität und Druck auf die Kommunen und Länder. Denn es ist noch unklar, wie diese die Verwendung der Karte handhaben werden, und welche Entscheidungen sie den Kommunen überlassen. Sie könnten liberale Regelungen treffen, zum Beispiel die Kommunen per Erlass verpflichten, die Auszahlung des gesamten Betrags in Geldform zu ermöglichen. Unser Ziel ist es, dass keine Bezahlkarten eingesetzt oder, wo sie bereits in Verwendung sind, abgeschafft werden.

* [Die Fragen stellte N. B.]



Seebrücke-Demo in Mannheim, 14. Juli 2018.

Foto: Avanti?.

Ostermarsch 2024 in Mannheim

Noch keine Antikriegsbewegung?

H. S.

Unter dem Motto: „Abrüstung statt Aufrüstung – Friedensfähig statt kriegstüchtig!“ fand am 30. März 2024 der diesjährige Ostermarsch in Mannheim statt. Aufgerufen hatte das Bündnis Ostermarsch, ein Zusammenschluss von Friedensinitiativen und politischen Organisationen (darunter die ISO Rhein-Neckar). Das großartige Engagement der ehrenamtlich Aktiven im Bündnis war Voraussetzung für das Zustandekommen und letztlich gute Gelingen der Mannheimer Aktion.

Rund 400 Menschen, mehr als im Vorjahr, beteiligten sich an dem Marsch durch die Mannheimer Innenstadt. Die Demo führte vom Alten Meßplatz über den Paradeplatz bis zu den Kapuziner-Planken.

Hauptredner waren der Journalist Franz Alt und Clemens Ronnefeldt vom Internationalen Versöhnungsbund. Außerdem sprachen Maximilian Heßlein, Industrie- und Sozialpfarrer beim Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, und Klaus Waiditschka vom Netzwerk Friedenssteuer.

Alle Redner befassten sich vor allem mit der aktuellen Kriegssituation in der Ukraine und im Gazastreifen und wiesen auf die gefährlichen gesellschaftlichen und politischen Folgen der damit einhergehenden Kriegstreiberei hin.

Zum Abschluss der diesjährigen Ostermarschbewegung fand am Ostermontag noch ein Osterspaziergang mit Kundgebung an den Coleman-Baracks in Mannheim-Sandhofen statt. Daran beteiligten sich etwa 40 Menschen.

Russlands Ukrainekrieg beenden

Im Aufruf zum Mannheimer Ostermarsch ist zu lesen: „Russland muss den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine beenden. Dazu tragen jedoch weder militärische Offensiven, Waffenlieferungen an die Ukraine noch Sanktionen gegen Russland bei. Die Politik der Bundesregierung ist gekennzeichnet von einer umfassenden Militarisierung, statt dazu beizutragen, die globalen Konflikte mit friedlichen Mitteln, mit der Förderung von sozialer Verteidigung und am Verhandlungstisch zu lösen.“

Weiter heißt es: „Das gilt auch für den Gaza-Krieg. Wir fordern einen allseitigen sofortigen Waffenstillstand. Der brutale

Überfall der Hamas auf die zivile Bevölkerung vom 7. Oktober 2023 ist durch nichts zu rechtfertigen, das gilt aber auch für die brutale Vorgehensweise der israelischen Armee gegen die palästinensische Bevölkerung, indem sie deren Lebensgrundlagen völlig zerstört. Dauerhaften Frieden und Sicherheit in der Region kann es nur durch gerechte Lösungen geben, die nicht auf Kosten der ‚Anderen‘ gehen und die die Menschenrechte für alle gleichermaßen garantieren.“

Frieden statt Kriege finanzieren

Danach wird festgestellt: „Anstatt auf Diplomatie, Deeskalation und Förderung sozialer Verteidigung durch die Zivilgesellschaft zu setzen, steigen die deutschen Militärausgaben gigantisch. Zusätzlich zum 100 Milliarden Euro-„Sondervermögen“ für die Bundeswehr steigen sie von diesem Jahr auf das nächste von 64 Milliarden auf voraussicht-

lich 85,5 Milliarden Euro, etwa tausend Euro pro Einwohner. Mittel, die zur Bekämpfung der Klima-Katastrophe und für eine soziale Transformation der Wirtschaft im Interesse der Beschäftigten und der Gesellschaft dringend benötigt werden, stecken in Panzern und Kampfflugzeugen fest.“

Und schließlich kritisiert der Aufruf: „Es fehlt das Geld, um Armut zu verhindern, den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben, das Bildungs- und Gesundheitssystem zu verbessern. Militarisierung und Kriegstreiberei fördern das Erstarken von Nationalismus, Rassismus und Faschismus. Kriege und Aufrüstung sind Ursachen für Flucht und Vertreibung. Es ist höchste Zeit für eine weltweite Friedenspolitik. Sie wird nur durch eine global vernetzte Antikriegsbewegung unter Beteiligung der Gewerkschaften durchgesetzt werden können.“

Diese Antikriegsbewegung zu schaffen, ist eine der dringlichsten Aufgaben. ■



Ostermarsch in Mannheim, 30. März 2024.

Foto: helmut-roos@web.de.

Nein zum Völkermord in Gaza

ERKLÄRUNG DER KOORDINATION DER ISO (14. APRIL 2024)*

Seit 1947/48 und der Gründung des Staates Israel ist Palästina Schauplatz ethnischer Säuberungen.

Nach Jahren zunehmender Drangsalierung ist die Regierung Netanyahu jetzt dazu übergegangen, die palästinensische Bevölkerung aus Gaza endgültig zu vertreiben; gleichzeitig nehmen Pogrome und Landraub im Westjordanland zu. Die jahrzehntelangen Niederlagen aller fortschrittlichen Bewegungen im arabischen Osten (zuletzt die Niederschlagung des Aufstandes in Syrien durch das mörderische Assad-Regime), haben eine Lösung der Palästinafrage durch einen revolutionären Prozess der Völker der Region in weite Ferne rücken lassen. [...]

1. Das Jahr 2023 war für die Palästinenser:innen das tödlichste Jahr seit dem Ende der letzten Intifada. Ausgehend von dieser Eskalation haben die wesentlichen Akteure des palästinensischen Widerstands, die Hamas, die PFLP und der Islamiische Jihad in Palästina im September 2023 erklärt, dass sie sich darauf verständigt haben, den militärischen Druck auf Israel zu erhöhen. Ihren Angriff am 7. Oktober hat Israel mit einem Vernichtungskrieg gegen die Bevölkerung von Gaza beantwortet. Israel behauptet, den Krieg nur gegen die Hamas zu führen, und erklärt die mehr als 32.000 zivilen Todesopfer und über 70.000 Verwundeten (Stand 29.03.24) zu Kollateralschäden.

Monatelange Flächenbombardements haben Gaza unbewohnbar gemacht, die fliehende Bevölkerung wird im Süden zusammengetrieben, wo sie ohne ärztliche Versorgung, ohne Nahrung, ohne sauberes Wasser an Seuchen und Hunger sterben soll. Alles palästinensische Leben in Gaza soll unmöglich gemacht werden – Schulen, Krankenhäuser, Verwaltung, Kulturgüter, Universitäten, Kirchen und Moscheen werden dem Erdboden gleichgemacht. Die in der Nakba 1947/48 begonnene „ethnische Säuberung“ Palästinas soll für den Gaza-Streifen vollendet werden, wie der Landwirtschaftsminister in der Regierung Netanyahu, Avi Dichter, öffentlich erklärt hat.

Südafrika hat dagegen Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (ICJ) in Den Haag erhoben. Sie lautet auf Völkermord entsprechend der offiziellen Definition der Völkermordkonvention: eine Aktion betreffend, die durch die Absicht gekennzeichnet ist, auf direkte oder indirekte Weise „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Das vorläufige Verdikt des ICJ beinhaltet zwar keine formale Verurteilung wegen Völkermordes, ordnete aber eine Reihe von Maßnahmen (und damit zusammenhängende Berichtspflichten) an, die deutlich machen, dass die Völkermord-Konvention als eindeutig relevant für die Beurteilung der israelischen Aktionen eingeschätzt wird. [...]

2. Die US-Regierung und die deutsche Bundesregierung unterstützen diesen Völkermord propagandistisch, mit Waffentlieferungen und ideologisch, indem sie Israel jederzeit, in Den Haag wie bei Besuchen in Palästina, zur Seite stehen und Kritik an der Vertreibung zurückweisen.

Im Namen der Erinnerung an den Holocaust wird der hiesigen

Bevölkerung eine Antisemitismus-Definition aufgezwungen, die von zahlreichen internationalen Wissenschaftler:innen, die in der Antisemitismusforschung arbeiten, abgelehnt wird. Diese Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) erklärt Kritik an den rein ethnischen Grundlagen des israelischen Staates, der die angestammte palästinensische Bevölkerung als Bürger:innen zweiter Klasse mit eingeschränkten oder auch gar keinen Rechten behandelt, als antisemitisch und zu einer potentiellen Straftat.

Im Namen dieser Definition wird selbst Jüdinnen und Juden in Deutschland der Mund verboten, die sich der bedingungslosen Loyalität zum Netanyahu-Regime verweigern. Veranstaltungen mit ihnen dürfen nicht stattfinden, Naomi Klein findet für ihr neues Buch über Verschwörungstheorien keinen Verleger. Die Hetze in der BRD, so etwa im Kontext von Solidaritätsaktionen bei der Berlinale, sorgen dafür, dass jüdische Künstler nicht mehr zurück nach Israel können wie im Fall von Yuval Abraham oder jüdische Kritiker des Netanyahu-Regimes sich in der BRD isoliert und angefeindet fühlen.

Solidaritätsbekundungen für die palästinensische Bevölkerung werden verfolgt und als Sympathiekundgebungen für Terroristen geahndet, Muslime unter Generalverdacht gestellt. Es wird ein engstirniges geistiges Klima der Unterwerfung unter eine „Staatsräson“ geschürt, die von keinem Gremium jemals beschlossen wurde. Die Medien schalten sich gleich, an Schulen und Universitäten wird nur eine Lehrmeinung zugelassen, Andersdenkende in herausgehobener Position werden Opfer medialer Hetzjagd.

Die migrantische Bevölkerung, insbesondere jene aus islamischen Ländern, hat darunter am meisten zu leiden. Von ihr wird verlangt, dass sie sich der „deutschen Leitkultur“ unterordnet, sie wird als Sündenbock für den zunehmenden Antisemitismus aufgebaut, und die Hetze gegen sie bildet den Hintergrund für eine zunehmend rabiater Abschiebepolitik von Flüchtlingen.

3. Den Überfall vom 7. Oktober hat die israelische Regierung genutzt, die Verhältnisse auf den Kopf zu stellen und 75 Jahre Kolonialismus und Vertreibung einfach auszublenken. Bewaffneter Widerstand dagegen war und ist legitim. Wir stellen die Gewalt der Ohnmächtigen nicht auf dieselbe Stufe wie die Gewalt der Mächtigen. Für die palästinensische Bevölkerung sind bewaffnete Angriffe gegen Israel ein verzweifelttes Mittel, um sich gegen einen aggressiven Siedlerstaat zu wehren.

Das bedeutet jedoch nicht, dass dabei alles erlaubt ist. Angriffe auf Zivilbevölkerung, unbewaffnete Frauen und Kinder, lehnen wir grundsätzlich ab. Auch im vorliegenden Fall haben sie der palästinensischen Sache nicht genutzt und eher geschadet. Wir teilen die Worte von Marek Edelman, dem Kommandeur der bewaffneten Organisation des jüdischen Aufstandes im Warschauer Ghetto, ein Sozialist und Anti-Zionist bis an sein Lebensende, der 2002 in seinem Brief „an die Führer der palästinensischen



Palästina-Demo in Mannheim, 24. Februar 2024.

Foto: Avanti².

militärischen, paramilitärischen und Guerillaorganisationen; an alle Soldaten der militanten palästinensischen Gruppen“ schrieb: „Wir haben mit hoffnungsloser Entschlossenheit gekämpft, aber unsere Waffen waren nie gegen die wehrlose Zivilbevölkerung gerichtet, wir haben nie Frauen und Kinder getötet. In einer Welt ohne Prinzipien und Werte sind wir trotz ständiger Todesgefahr diesen Werten und moralischen Grundsätzen treu geblieben.“

Das Motiv, in der israelischen Bevölkerung vor allem Panik und Schrecken zu verbreiten, entspringt einer Haltung, die zwischen der israelischen Bevölkerung und ihrem Staat keinen Unterschied macht, erstere in Kollektivhaft nimmt für letzteren. Die führende politische Kraft in diesem Akt des Widerstands, die Hamas, ist eine islamisch-fundamentalistische Organisation, frauenfeindlich, jüdenfeindlich und autoritär, sie steht nicht für emanzipatorische Ziele.

4. [...] Hier[zulande] einen Gegenpol zur verzerrten Darstellung des Nahostkonflikts zu schaffen und lautstarke internationale Solidarität mit dem palästinensischen Volk zu üben – im Schulterschluss mit antizionistischen Jüdinnen und Juden in Israel und in der Diaspora – ist unsere zentrale Aufgabe. Den in jüngster Zeit auch in der BRD aufkommenen politischen Zusammenarbeitsstrukturen von Palästinenser:innen und anti-zionistischen jüdischen Aktivist:innen gehört unsere Unterstützung, sie weisen den Weg aus der politischen Sackgasse. Historisch bezieht sich das Netanyahu-Regime auf den revisionistischen Zionismus Jabotinskys, der in den 30er Jahren mit dem Faschismus liebäugelte. Dem Widerstand in Israel gegen dieses Regime, auch wenn er sich zunächst an sehr praktischen Fragen wie der Wut über das zynische Agieren in der Geiselfrage oder die Demontage der letzten Reste von demokratischen Strukturen manifestiert und noch nicht das siedlerkoloniale Projekt als Ganzes in Frage stellt, gehört ebenfalls unsere Solidarität.

5. Als Unterstützende der Solidaritätsarbeit treten wir jeder Gleichsetzung des Staates Israel (und seiner Aktionen) mit dem Judentum entgegen. Wir wenden uns gegen die alte und neue Judenfeindlichkeit der deutschen und internationalen Rechten ebenso wie gegen solche Haltungen unter reaktionären muslimischen Strömungen.

Eine besondere Bedeutung kommt der Kampagne „Boycott,

Divestment, Sanctions“ zu, die darauf abzielt, Israels rassistische Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung international an den Pranger zu stellen.

Wir unterstützen den Kampf gegen die deutsche Politik, die das Recht des Widerstands gegen einen Siedlerstaat delegitimieren will und den Vorwurf des Antisemitismus inflationär nutzt, um jede radikale Opposition mundtot zu machen. Wir unterstützen die Proteste gegen die Angriffe, Verbote und Diffamierungen dieser, die dieser Politik die Stirn bieten.

Zusammen mit der internationalen Solidaritätsbewegung fordern wir:

- einen sofortigen dauerhaften Waffenstillstand
- die sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen nach Israel und in andere Staaten des Nahen Ostens
- die sofortige Beendigung der Siedlungspolitik im Westjordanland und der Vertreibung der arabischen Bevölkerung dort und auch in Israel selbst
- den Abriss der Mauer um Gaza und anderswo, die volle Freizügigkeit für die palästinensische Bevölkerung, mit oder ohne israelische Staatsbürgerschaft
- die Gleichstellung der palästinensischen Bevölkerung als Bürgerinnen und Bürger in einem Staat, in dem alle Menschen unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihrem religiösen Bekenntnis ohne Diskriminierung zusammenleben
- das Recht auf Rückkehr der in Flüchtlingslager in die umliegenden arabischen Staaten vertriebenen Palästinenser:innen und ihrer Nachkommen.

Speziell für die Bundesrepublik fordern wir:

- das Ende der Kriminalisierung von Solidarität mit dem Kampf der Palästinenser:innen für Selbstbestimmung
- die verbindliche Orientierung an der Jerusalem Declaration für die Definition von Anti-Semitismus
- die sofortige Wiederaufnahme und Aufstockung der deutschen Zahlungen an das UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina). ■

*[Aus Platzgründen mussten wir diesen Text kürzen. Ungekürzt ist er im Netz unter www.iso-4-rhein-neckar.de/Nahost-3 zu finden.]

Vor 50 Jahren: Die „Nelkenrevolution“ in Portugal

F. R. / E. B. / R. G.

Am 25. April 1974 ist kurz nach Mitternacht das antifaschistische Lied „Grândola, Vila Morena“ – www.youtube.com/watch?v=gaLWqy4e7ls – in einem katholischen Radiosender zu hören. Für die Soldaten der „Bewegung der Streitkräfte“ (MFA) ist es das Signal zum Aufstand gegen die seit 48 Jahren herrschende rechte Diktatur.

Als die Aufständischen am frühen Morgen mit Panzern und anderen Militärfahrzeugen durch Lissabon fahren, um Ministerien, Radio- und Fernsehsender sowie den Flughafen zu besetzen, säumen bereits tausende jubelnde Menschen die Straßen. Eine demokratische und soziale Revolution ist ausgelöst worden. Sie stürzt – ohne selbst Blut zu vergießen – das oft als faschistisch bezeichnete Regime, beendet dessen blutige Kolonialkriege in Afrika und eröffnet die Perspektive einer solidarischen Gesellschaft.

Der Aufstand vom 25. April 1974 untergräbt die bestehende Ordnung auf allen Ebenen der Gesellschaft. In Tausenden von Betrieben, in armen Stadtvierteln und ländlichen Gemeinden des Südens, in Schulen, Krankenhäusern, lokalen und zentralen Regierungsstellen und sogar in den Streitkräften wird versucht, neue Formen einer demokratischen Basisdemokratie zu schaffen.

Es handelt sich um eine revolutionäre Massenbewegung, die Fabriken, Großgrundbesitz und leerstehende Wohnungen besetzt. Sie entdeckt die Selbstverwaltung und die Arbeiterkontrolle, erzwingt die Verstaatlichung der Banken und anderer strategischer Sektoren der Wirtschaft. Sie reorganisiert das Management, gründet kollektive Landwirtschaftsbetriebe und verwaltet das Alltagsleben.

Durch ihre Eigeninitiative und Stärke auf der Straße kann sie die spürbare Demokratisierung der Gesellschaft, die Zerschlagung des harten Kerns des Repressions-Apparats der Diktatur, die gewerkschaftlichen Freiheiten sowie die Grundlagen eines neuen Systems politischer und sozialer Rechte durchsetzen.

19 Monate lang ist die Zukunft jetzt! Ein seltener und kurzer Moment, in dem „einfache“ Frauen und Männer, Arbeitende und Unterdrückte, davon träumen können, die Macht und ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen.

Drei Besonderheiten

Diese Revolution weist drei Besonderheiten auf:



Nelkenrevolution 1974.

Foto: Gemeinfrei.

Erstens wird sie durch eine militärische Bewegung ausgelöst, die das Ergebnis der Empörung über einen seit 13 Jahren andauernden Kolonialkrieges ist,

Zweitens ermöglicht dies die Neutralisierung der traditionellen Rolle der Streitkräfte. Sie werden durch die MFA abgelöst, die sich sehr vom Militär der Diktatur unterscheidet.

Drittens hat dies eine weitere wichtige Folge – die Lähmung und allgemeine Schwächung der Staatsmacht. Das alte Machtgefüge ist zusammengebrochen und hinterlässt viel Raum für drastische Veränderungen des sozialen und politischen Kräfteverhältnisses.

Dies führt nicht zuletzt zum kurzfristigen Ende des Kolonialkrieges an allen drei Fronten (Angola, Guinea-Bissau und Mosambik) und zur Entkolonisierung.

In ihrem unaufhaltsamen Anfangsschwung zwischen Mai und August/September 1974 setzt die revolutionäre Massenbewegung nicht nur die Beseitigung der Herrschaftsstrukturen der rechten Diktatur durch. Sie erkämpft Demokratisierungen im sozialen Bereich, das Streikrecht, die Vereinigungsfreiheit, den Mindestlohn, den bezahlten Urlaub, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Grundlagen eines allgemeinen Sozialversicherungssystems und die Vergesellschaftung leerstehenden Wohnraums ...

Entscheidende Niederlagen

Das gesplante revolutionäre Lager erleidet jedoch in den folgenden Monaten drei aufeinanderfolgende und entscheidende Niederlagen. Die erste ist die Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung mit dem Sieg konterrevolutionärer Kräfte. Die zweite ist die Absetzung der „militärischen Linken“ nicht nur von der Führung der Provisorischen Regierung, sondern auch von ihren starken Positionen im Militärapparat. Die dritte ist der erfolgreiche gegenrevolutionäre militärische Putsch vom 25. November 1975. Er beendet nun endgültig den revolutionären Prozess.

Dennoch hinterlässt dieser in der nachfolgenden parlamentarischen Demokratie Spuren seiner politischen und sozialen Errungenschaften.

Die portugiesische Revolution von 1974/75 ist also stark genug, um die etablierte Ordnung umzustürzen und das kapitalistische System in seinen Grundfesten zu erschüttern. Aber es gelingt ihr nicht, diese Errungenschaften aufrechtzuerhalten und noch weniger, sie zu einer dauerhaften sozialistischen Ordnung zu vertiefen.

Denn die mit dem ermutigenden Aufbruch in Portugal verbundenen Hoffnungen werden im Kalten Krieg zwischen West und Ost gnadenlos bekämpft.

Die Revolution wird auf halbem Wege gestoppt und verliert einen großen Teil ihrer fortgeschrittensten Errungenschaften durch die „demokratische Normalisierung“ der kapitalistischen Klassenherrschaft. ■

In Gewerkschaften und Betrieben – Gemeinsam gegen Rechtsruck und AfD

U. D.

Die AfD steht mit ihrem Programm und ihren Zielen den Gewerkschaften grundsätzlich feindlich gegenüber. Ihr Aufschwung stellt für die Gewerkschaften eine reale Bedrohung dar.

Der AfD ist es gelungen, auf dem Nährboden der kapitalistischen Systemkrise mit ihren völkisch-rassistischen Parolen gesellschaftlichen Masseneinfluss zu gewinnen. Die damit verbundene Veränderung der politischen Alltagskultur ist auch in den Betrieben und Gewerkschaften spürbar.

Überdurchschnittliche Zustimmung

Seit Jahren zeigen Untersuchungen, dass innerhalb der Arbeitswelt im Vergleich mehr Menschen rechte Positionen vertreten als außerhalb. Kein Wunder also, dass auch die AfD dort eine überdurchschnittliche Zustimmung erfährt.

Der AfD gelingt es, Gewerkschaften, gewerkschaftliche Betriebsräte und Vertrauensleute als Teil des herrschenden Systems zu diffamieren. Diese Propaganda kann an realen negativen Erfahrungen anknüpfen und wirkt deshalb für viele Beschäftigte glaubhaft. Denn zahlreiche Betriebsräte und gewerkschaftliche Strukturen handeln oft nicht als konfliktbereite Interessenorganisationen, sondern als „Co-Manager“ und „Sozialpartner“.

Gewerkschaftlicher Antifaschismus

Viele Gewerkschafter:innen sind seit Jahren und Jahrzehnten aktiv gegen Faschismus. Sie organisieren Demonstrationen, Kundgebungen, Konzerte und Aktionen. Dennoch stellen die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit nicht die Speerspitze des antifaschistischen Kampfes dar.

Ihre Führungen veröffentlichen Erklärungen, Flugblätter, Broschüren und Handlungsvorschläge. Meist sind sie aber bisher nicht bereit, entschlossen ihre Mitgliedschaft zu mobilisieren. Betriebliche Aktionen wie in Köln und Mannheim am 21. März, dem internationalen Tag gegen Rassismus, sind noch seltene Ausnahmen. Sie sind aber zwingend erforderlich, um gegen die faschistische Gefahr aktive gewerkschaftliche Gegenmacht aufzubauen und entschlossene allgemeine Kampfmaßnahmen zu propagieren und vorzubereiten.

Angesichts der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus und des damit verbundenen Erstarkens des faschistischen Lagers sind Taten und ein scharfer Kurswechsel erforderlich.

Die Zeit drängt

Die Gewerkschaften müssen endlich das Kind beim Namen nennen und entsprechend handeln. Es geht bei Höcke, AfD & Co. – trotz demokratischer Maskerade – nicht „nur“ um „Rechtsextremismus“, sondern um die existenzielle Bedrohung durch Faschismus.

Wenn in manchen Betrieben Gewerkschafter:innen sich nicht mehr trauen, antifaschistische und gegen die AfD gerichtete Positionen zu vertreten, weil verbale Angriffe, Austritte oder gar Ge-

walt drohen, dann haben dort die Rechten bereits gewonnen.

Diese Entwicklung können die Gewerkschaften nur umkehren, wenn sie eine gewerkschaftliche Bewegung der antifaschistischen Aktion organisieren. Die Gewerkschaften haben es in der Hand. Entweder sie passen sich wie vor 1933 erneut an, oder sie kämpfen mit aller gewerkschaftlichen Kraft gegen die blau/braune Bedrohung an.

Was tun?

Es ist dringend erforderlich, endlich gegen AfD & Co. innerhalb und außerhalb der Betriebe konsequent Position zu beziehen und zu mobilisieren.

Darum setzen wir uns in den Betrieben und Gewerkschaften für folgende Punkte ein:

- für eine aktive und organisierte Auseinandersetzung mit faschistischen Kräften in Betrieb und Gewerkschaft
- für den Aufbau gewerkschaftsübergreifender antifaschistischer Aktionsgruppen auf lokaler Ebene und deren regionale und nationale Koordinierung
- für den Kampf gegen faschistische Kandidaturen bei Betriebsrats- und Vertrauensleutewahlen
- für breite Aufklärung über den Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus
- für eine kämpferische Strategie gegen den Klassenkampf von oben und den Aufbau einer solidarischen Front
- für die Diskussion über solidarische und ökologische Alternativen zum Kapitalismus
- für gewerkschaftliche Aktionen bis hin zum Generalstreik gegen die Übertragung von politischen Ämtern an faschistische Kräfte.

Dabei vertrauen wir nicht auf andere, sondern nur auf die eigene Kraft und die eigenständige gewerkschaftliche Aktion. ■



Eine Gewerkschaftsfahne bei Antifa-Demo in Mannheim, 27. Januar 2024.

Was tun gegen Faschismus und Rassismus?

H. N.

Seit dem 12. Januar 2024 haben im ganzen Land 1.839 Protestaktionen gegen AfD und Faschismus mit mehr als 3,7 Millionen Beteiligten stattgefunden (Stand 26.04.2024). Das ist großartig. Aber es reicht nicht gegen den anhaltenden Rechtsruck aus.

Vor über 100 Jahren entstand eine neue Bewegung zur Verteidigung des Kapitalismus – der Faschismus. Er konnte sich durchsetzen, weil seine Gegner ihn unterschätzten und keine Einheitsfront zu seiner Bekämpfung organisierten.

Das Versagen der alten Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, KPD und SPD) hat den Sieg des Faschismus 1933 auch in Deutschland ermöglicht.

Die aktuellen bedrohlichen Krisen des Kapitalismus werden durch die „alternativlose“ neoliberale Politik im Interesse einer winzigen Schicht von Multimilliardären und den damit verbundenen Rechtsruck verstärkt. Die dafür verantwortlichen Parteien (CDU/CSU, FDP, Grüne, SPD) haben massiv an Glaubwürdigkeit und auch an Unterstützung bei Wahlen verloren.

Die sehr weitgehende Anpassung der Gewerkschaften und der Linken an die herrschenden Verhältnisse hat neben anderen Faktoren nicht nur deren eigenen Niedergang, sondern auch den aufhaltbaren Aufstieg der AfD begünstigt.

1932 hat der bedeutendste Analytiker der Nazi-Bewegung, Leo Trotzki, den Faschismus als „ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft“ beschrieben. Dessen Aufgabe sah er darin, den „bloßen“ Kapitalismus gewaltsam abzusichern und die arbeitende Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten.

Das „Recht des Stärkeren“

Damit konnte der Faschismus die Voraussetzung für die Errichtung einer aggressiven Diktatur des Kapitals schaffen. Sie setzte nach innen und nach außen das „Recht des Stärkeren“ blutig durch.

Der antifaschistische Widerstandskämpfer Ernest Mandel hat bereits 1969 in einem mehrstufigen Modell Trotzki's Faschismusanalyse zusammengefasst und für die heutige Zeit aktualisiert. Demnach folgt der politischen und wirtschaftlichen Krise zunächst die Verschärfung des Klassenkampfes von oben. In einer

dritten Stufe ist ein starkes Wachstum von Irrationalismus und faschistischer Bewegung festzustellen. Sie markiert entscheidende Kippunkte einer bedrohlichen Entwicklung, die nun nur noch durch die Schaffung einer antifaschistischen Einheitsfront gestoppt werden kann.

Die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Verheerungen infolge des sich seit Ende der 1970er Jahre durchsetzenden Neoliberalismus erlaubten der AfD sich als „Alternative“ zu profilieren. Sie punktet mit „populistischer“ Polemik gegen die „Altparteien“. Hetzkampagnen dienen ihr zur Mobilisierung von Vorurteilen gegen „Sündenböcke“ (Geflüchtete ...), die millionenfach im Internet verstärkt werden.

Das anfängliche Verschleiern der eigenen Ziele, eine freche Rechtfertigung der Nazi-Diktatur, vor allem aber das Anknüpfen an Ängsten vor dem sozialen Abstieg ermöglichten der AfD, sich eine Massenbasis auf der Ebene von Wahlen zu schaffen.

Dies erlaubte dem faschistischen Spektrum, von der Andeutung zum Sagen des Unsagbaren überzugehen. Nun geht es um die Vorbereitung der Umsetzung des Gesagten nach der Übernahme politischer Machtpositionen.

Jetzt aktiv werden!

Jede einzelne antifaschistische Person kann zur Organisation von Widerstand beitragen. Die konkrete Aufklärung durch persönliche Gespräche über die menschenverachtenden Ziele des Faschismus im Alltag ist ein guter Anfang (in der Familie, im Freundeskreis, in der Ausbildung, bei der Arbeit, in der Gewerkschaft ...).

Eine systematische Beseitigung von rechten Hetzparolen im öffentlichen Raum und ihr Ersetzen durch antifaschistische Lösungen zum Beispiel mit Aufklebern ist ein leicht durchführbarer weiterer Schritt.

Die Verteidigung von Menschen- und Grundrechten kann an praktischen Beispielen vermittelt werden (Ursachen von Flucht, sozialer Ungerechtigkeit ...). Der nachweisbaren Verbindung von Profitgier, Kriegstreiberei, Rassismus und Faschismus ist die solidarische Verteidigung unserer eigenen Interessen gegen die der Herrschenden entgegenzustellen. Entscheidend ist hierbei, am Bewusstsein und den Problemen des jeweiligen Umfeldes anzuknüpfen.

Vor allem – aber nicht nur – in der Arbeitswelt gilt es, kontinuierlich und organisiert Protest und Widerstand gegen Faschismus zu stärken. Das bedeutet konkret, antifaschistische Bündnisarbeit und Vernetzung zu fördern und den Aufbau einer örtlich und überörtlich wirksamen solidarischen Front zu unterstützen.

Von besonderer Bedeutung ist das Werben für Streikaktionen als entscheidendes Mittel der Gegenwehr. Der Kampf gegen die faschistische Bedrohung kann letztlich nur außerparlamentarisch gewonnen werden!



Protest gegen AfD-Veranstaltung in Mannheim-Rheinau, 26. April 2024.

Frühjahrsseminar der ISO-Rhein-Neckar „Den Faschismus bekämpfen – aber wie?“

N. B.

Am 20.04. setzte sich eine Gruppe von Aktiven und Interessierten in unserem Frühjahrsseminar mit der Geschichte und der Gegenwart des Faschismus auseinander. Auch die Frage nach Gegenargumenten und Gegenwehr durfte dabei natürlich nicht zu kurz kommen.

Den Auftakt zum Seminar bestritt einer unserer Genossen mit einem umfassenden Referat zum Weg in den deutschen Faschismus.

Kontinuitäten und Risse

Vom Kaiserreich bis in die heutige Zeit zeigte er Kontinuitäten auf, die auch an den entscheidenden Momenten der Geschichte eher durch Risse denn durch tatsächliche Brüche gekennzeichnet waren. Insbesondere die wirtschaftliche Macht einer kleinen, aber umso mächtigeren herrschenden Klasse aus Adel und Kapital zieht sich durch die verschiedenen Staats- und Herrschaftsformen der letzten 150 Jahre.

Dabei hebt sich der Faschismus von allen anderen Herrschaftsformen der Geschichte durch seine massive Verachtung, Bekämpfung und Zerschlagung der Arbeiterbewegung und progressiver Kräfte ab. Erfolgreich konnte der Faschismus dabei nur sein, weil SPD und KPD mehr darauf bedacht waren, sich gegenseitig zu schwächen, anstatt den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen. Aufrufe zur Einheitsfront, wie die Linke Opposition und Trotzki sie formulierten, blieben viel zu wenig gehört. So errichteten die deutschen Faschisten den autoritären Staat innerhalb weniger Monate in seinen Grundpfeilern, der in den folgenden 12 Jahren für so viel Leid, Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung sorgte.

Faschismus heute

Auf diese geschichtlichen Erfahrungen aufbauend gelang im zweiten Teil des Seminars der Übergang zur heutigen Situation. Unser zweiter Referent stellte die massive Konzentration von Reichtum dar. Ein Fünftel des Gesamtvermögens in Deutschland ist bei den reichsten 0,1 % der Gesellschaft konzentriert, während die ärmere Hälfte gerade einmal über 1,3 % des Vermögens verfügt. Gleichzeitig nimmt der gewerkschaftliche Organisationsgrad seit den 1950er Jahren fast kontinuierlich ab, während die Gegenseite einen offensiven Klassenkampf von oben führt und teilweise die AfD finanziell unterstützt (z. B. Theo Müller, Unternehmensführer von Müllermilch und Landliebe). Denn die AfD stellt für die Vermögenden eine attraktive „Alternative“ dar: Steuererleichterungen für die Reichen, Rente erst nach 45 Beitragsjahren, Kürzung oder Streichung von Sozialleistungen und Mindestlohn, Spaltung der arbeitenden Klasse durch besondere Unterdrückung migrantischer und geflüchteter Menschen sowie Frauen, und noch vieles mehr.

Dennoch würden zurzeit etwa 20 % der Bevölkerung die AfD wählen, in Thüringen bei den anstehenden Landtagswahlen sogar mehr als 30 %. Gemeinsam mit der CDU/CSU käme die AfD aktuell sowohl im Bundestag als auch im Thüringer Landtag auf mehr als die Hälfte der Stimmen. Die Massenproteste der letz-

ten Monate konnten daran nichts Wesentliches ändern.

„Björn vs. Rosa-Karl“

Die Zahlen sagen es, unsere Erfahrungen belegen es: Wir alle werden auch in unserem Alltag immer öfter mit faschistischen „Argumentationen“ konfrontiert. Deswegen widmeten wir den letzten Teil des Seminars unter anderem der Übung: Wie können wir auf faschistische Äußerungen reagieren? Im Rollenspiel stellten wir eine Diskussion zwischen dem blauen „Björn“ und der roten „Rosa-Karl“ nach (Namensgebung auf Vorschlag eines Teilnehmers) und reflektierten anschließend mögliche Strategien. Als zentralen Schritt arbeiteten wir heraus, dass wir in einer solchen Situation entscheiden müssen, ob wir uns auf eine Diskussion überhaupt einlassen, je nachdem und ob wir damit rechnen können, die Person oder Umstehende zum Nachdenken und Umschwenken anzuregen. Mögliche Verhaltensweisen können sein: klare Grenzen ziehen, nach Quellen fragen, möglichst ruhig und sachlich bleiben, auf Folgen der AfD-Politik verweisen.

Was tun?

Selbstverständlich braucht es mehr als kleine Diskussionen im privaten oder betrieblichen Rahmen. Abschließend wies unser letzter Referent auf die Notwendigkeit hin, Widerstand zu organisieren, Bündnisarbeit und Vernetzung voranzutreiben, Mittel wie die Arbeitsunterbrechung und den Streik zu propagieren und zu nutzen sowie eine solidarische Front aufzubauen.

Die Bilanzierung unseres Seminars fiel sehr positiv aus. Eine Fortsetzung der praktischen Übung zur Konfrontation mit faschistischen Positionierungen ist geplant. ■



Vor 40 Jahren

Kampf um die 35-Stundenwoche

M. G.

Es gab eine Vorgeschichte. Bereits ab dem 28. November 1978 streikte die IG Metall (IGM) in der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie für die 35-Stundenwoche. Nach sechs Wochen endete der Streik ohne Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Ab dem 12. April 1984 begann die kleine IG Druck und Papier einen mit harten Bandagen geführten dreizehnwöchigen Arbeitskampf zur Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich in der Druckindustrie. Sie konnte dadurch zwar eine individuelle Arbeitszeitverkürzung durchsetzen, aber nur auf 38,5 Wochenstunden und mit einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Die zentrale Auseinandersetzung um die Einführung der 35-Stundenwoche fand vom 14. Mai 1984 bis zum 4. Juli 1984 in der baden-württembergischen und hessischen Metallindustrie statt. Auf dem Höhepunkt des Arbeitskampfs streikten 57.500 IGM-Mitglieder, aber 147.000 Metallerrinnen und Metaller waren laut Gesamtmetall von „heißer“ und 396.000 weitere von

„kalter Aussperrung“ betroffen.

Durch eine „besondere Schlichtung“ einigten sich die Tarifparteien in dem Moment, als der Arbeitskampf die Kapitalseite immer mehr unter Druck setzte, auf eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit im betrieblichen Durchschnitt auf 38,5 Stunden. Bis zu 18 % der Belegschaft konnten bis zu 40, andere nur 37 Stunden arbeiten. Die konkrete Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung war nun Aufgabe der Betriebsparteien.

Letztlich schwächten die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Verbetrieblung der Arbeitszeitpolitik und die erst am 1. Oktober 1995 erfolgte Durchsetzung der 35-Stundenwoche (ohne vollen Lohn- und Personalausgleich!) mittelfristig die gewerkschaftliche Gegenmacht.

Dennoch hatte die politische Härte des bisher letzten großen Erzwingungsstreiks in der Fläche die Aktiven in der IGM gestärkt. ■



ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- MI, 01.05.2024, 10:00 Uhr, DGB-Demo ab Gewerkschaftshaus MA
- MI, 01.05.2024, 11:00 Uhr, DGB-Kundgebung auf dem Marktplatz MA
- FR, 03.05.24, Stolperstein-Putztag, MA
- MI, 08.05.24, 19:30 Uhr, „Wirklich, wir leben in finsternen Zeiten - Nie wieder 33“, Ein Literarisch-Musikalisches Programm, Cinema Quadrat, K1,2, MA
- SAM, 11.05.2024, 13:30 Uhr, Frühjahrsausflug der ISO Rhein-Neckar, MA
- DI, 14.05.2024, 15:30 Uhr, „40 Jahre Kampf um die 35-Stundenwoche“, Gewerkschaftshaus MA
- MI, 15.05.24 19:00 Uhr, „Hinschauen: 150 Jahre Rassismus, Mannheims koloniale Verbindungslinien“, Abendakademie, U1, 16-19, MA
- DO, 16.05.2024, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 16.05.24, 18:00 Uhr, DGB-Veranstaltung zur Kommunalwahl, Gewerkschaftshaus, MA
- FR, 24.05.2024, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema
- FR, 30.05.2024, bis SO, 02.06.2024, Ökosozialistische Konferenz der ISO, HH

Vorschau

- SAM, 08.06.2024, 13:30 Uhr, AG zum Umgang mit rechten Parolen, MA
- SAM, 17.08.2024, 13:30 Uhr, Sommerseminar der ISO Rhein-Neckar, MA
- SAM, 17.08.2024, 19:00 Uhr, Sommerfest der ISO Rhein-Neckar, MA



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
VidP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

